

Editorial

Der Kampf der Osttimoresen um Selbstbestimmung hat seit dem Massaker auf dem Friedhof von Dili nicht mehr solch weltweites Aufsehen erregt wie im letzten halben Jahr. Höhepunkt waren sicherlich die Aktionen vor und während des APEC-Gipfels in Jakarta, über die in diesem Heft unter anderem berichtet wird. Osttimor wird von der internationalen Staatengemeinschaft wieder als ein seit 19 Jahren ungelöstes Problem wahrgenommen. Insbesondere müssen die Regierungen der ASEAN-Länder zur Kenntnis nehmen, daß – wenn auch nur kleine – Teile ihrer wachsenden Mittelschichten nicht nur für sich die Menschenrechte im eigenen Land einfordern, sondern sich zunehmend auch für die Rechte von Menschen in anderen Ländern einzusetzen bereit sind. Das nicht nur in den Fällen, wo es den Regierungen genehm ist, wie etwa bei Südafrika, Palästina oder Bosnien, sondern eben auch im Fall Osttimor/Indonesien oder Burma (siehe Beiträge auf S. 4ff, 9f u. 58).

Seit der Menschenrechtskonferenz in Wien 1992 ist deutlich geworden, daß die Regierenden der ASEAN-Staaten ein neues Selbstbewußtsein entwickelt haben, mit dem sie ihr Verständnis von Menschenrechten und ihrer eigenen Kultur in Abgrenzung zum "Westen" offensiv vertreten. Der berechtigte Vorwurf der Doppelmoral an den "Westen" – nämlich sich nur dort um Menschenrechte zu kümmern, wo es den Interessen nützt oder zumindest nicht schadet – trifft sie nun selbst in Bezug auf Osttimor und Burma. Das ist nicht neu, aber neu ist, daß es auch in der Region so breit an die Öffentlichkeit gezerrt wird und an dem neu gewonnen Selbstbewußtsein nagt. So ist es durchaus denkbar, daß Osttimor zum Vietnam Indonesiens und Auslöser für innenpolitischen Umbrüche wird, welche die "Neue Ordnung" erschüttern könnten mit unabsehbaren Folgen.

Wenn im bevölkerungsreichsten Land Südostasien, in dem mit knapp 200 Mio. Menschen gut die Hälfte aller Menschen der Region leben, so etwas passiert, bleibt das nicht folgenlos für alle Nachbarländer. Osttimor ist angesichts der Bemühungen um Zusammenarbeit in der ASEAN auch zu einem Problem für die Regierungen geworden.

Somit ergab sich die thematische Schwerpunktsetzung aus der Entwicklung der Ereignisse selbst. Die von uns gemeinsam mit der Evangelischen Akademie Iserlohn, der Universität Porto und der Internationalen Plattform für Juristen zu Osttimor (IPJET) veranstaltete Tagung "Die europäische Verantwortung für Osttimor" lieferte einen Teil des Materials dafür (siehe S. 42f, S. 50–56 und S. 63). Trotz starker Beteiligung aus dem Ausland aufgrund von großzügiger Förderung durch unseren portugiesischen Mitveranstalter blieb die Reaktion in Deutschland so kurz vor der Bundestagswahl sehr verhalten. Durch Abwesenheit glänzten die Regierenden in unserem Land und machten – nicht nur dort – deutlich, daß sie sich nicht verantwortlich für die Menschenrechte in Südostasien fühlen. Sie setzen auf gute wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Regierungen der ASEAN-Länder, wie Außenminister Kinkel im September beim Außenministertreffen in Karlsruhe deutlich machte. Dabei erreichte dieses Ereignis kaum die Schlagzeilen der deutschen Presse. Es wurde lediglich zum Anlaß genommen, über die Vollstreckung des Todesurteils wegen Rauschgiftsmuggels an dem Holländer van Damme in Singapur zu berichten und später noch über das Verbot einer Mahnwache in Karlsruhe anläßlich des Treffens, die an die Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Besetzung Osttimors durch Indonesien erinnern sollte (siehe S. 65). Insbesondere Indonesien ist der Wunschpartner der deutschen Regierung, der im nächsten Jahr anläßlich seiner vor 50 Jahren ausgerufenen Unabhängigkeit zum Landesschwerpunkt der Hannover-Messe erkoren wurde.

In eigener Sache

Mit diesem Heft haben wir nun unseren 10. Jahrgang beendet. Seit Ende 1983 sind somit 39 Einzelhefte und 1 Doppelheft erschienen. Es war und ist nicht immer ganz einfach, eine solche Zeitschrift am Leben zu erhalten, die sich betriebswirtschaftlich gesehen nicht selber trägt. Die bisherigen Einnahmen durch den Verkauf decken lediglich die Kosten für den Druck und höchstens 10% der Redaktionsarbeit. Für Artikel und Übersetzungen wurden keine Honorare bezahlt und Layout, Satz, Abonnentenverwaltung und Vertrieb faktisch ehrenamtlich gemacht bzw. zeitweilig von durch Zuschüsse finanzierten Hauptamtlichen miterledigt. Wir wollen versuchen, ab dem nächsten Jahr im Asienhaus gemeinsam mit den anderen Zeitschriften vom Südasienbüro, dem Philippinenbüro und dem Koreaverband die Vermarktung unserer Produkte zu verbessern und zu professionalisieren. Außerdem werden wir in Zukunft auch bezahlte (seriöse)

Anzeigen aufnehmen, um die Kosten decken zu können. Letztendlich kommen wir nicht darum herum, auch unsere Leser und Leserinnen stärker zur Kasse zu bitten. Ab dem nächsten Jahr wird der Preis für ein Heft um DM 2,00 auf DM 9,00 erhöht. Entsprechend erhöht sich der Abo-Preis auf DM 36,00. Für Mitglieder ist der Bezug der *Südostasien Informationen* im Mitgliedsbeitrag weiterhin enthalten. Vor 10 Jahren sind wir mit einem Preis pro Heft von DM 6,00 angetreten. Wir meinen, daß die Preiserhöhung im Vergleich zu anderen entsprechenden Zeitschriften durchaus gerechtfertigt ist.

Im nächsten Jahr werden wir uns nach Lage der Dinge mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten auseinandersetzen: Den UN-Sozialgipfel in Kopenhagen wollen wir zum Anlaß nehmen, ein Schwerpunktheft zu **Armut, sozialer Lage und sozialer Sicherheit** zu machen, nachdem wir uns in der letzten Zeit so stark mit Einschätzungen der (vermeintlichen?) wirtschaftlichen Erfolge in der Region beschäftigt haben. Ein eher historisch ausgerichtetes Schwerpunktheft zum **2. Weltkrieg in Südostasien** soll anläßlich des 50. Jahrestag seiner Beendigung ein bißchen die verengte, eurozentrische Sichtweise über diesen "Welt"krieg in der deutschen Öffentlichkeit erweitern helfen. Das Kriegsende hat aber auch den über 20 Jahre andauernden Entkolonialisierungsprozeß eingeleitet, und Indonesien war dabei in Asien eine der ersten Kolonien, die ihre Unabhängigkeit von der Kolonialmacht, in diesem Fall Holland, erklärt haben. Zwanzig Jahre später hat dieses Land den blutigsten Militärputsch in der Region erfahren, durch den Suhartos "Neue Ordnung" eingeleitet wurde. 1975 schließlich besetzte Indonesien Osttimor. All diese Gedenktage sind für uns Anlaß, ein **Länderheft zu Indonesien** zu machen, in dem aber auch auf die Anzeichen der Veränderungen eingegangen werden soll, die in den letzten zwei Jahren sichtbar wurden. Die Weltfrauenkonferenz in Beijing im Herbst 1995 bewegt uns schließlich dazu, zum dritten Mal das Thema **Frauen in Südostasien** in einem Schwerpunktheft zu behandeln.

Schwerpunktthema des nächsten Heftes ist also "Armut, soziale Lage und soziale Sicherheit" und Redaktionsschluß am 13.2.95.

Peter Franke